

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei voller Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.— M., bei direktem Postweg monatlich 4.65 M., bei Zustellung unter Straßenschild für Deutschland 6.50 M., für Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Interate stellen bis achtspaltig, Nonpareillezeile oder deren Raum 1,20 Mk., Wortspalten bis fünfspaltig Wort 50 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Übersetzungswort 10 Pf., Bei familiösen u. Verfammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Interate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition ankommen sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9708

FREIHEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Drohender Konflikt im Eisenbahnbetrieb.

Behördliche Verschleppungstaktik.

Seit Anfang Dezember schweben zwischen der preußischen Eisenbahnbehörde und den Vertretern der Eisenbahnorganisationen Tarifberatungen, denen ein Vertragsergebnis zugrunde liegt, auf den sich die vier größten Eisenbahnverbände geeinigt haben, um geschlossen mit der Behörde verhandeln zu können.

Schon vor einiger Zeit wurde unter den Eisenbahnern der Verdacht laut, daß die Vertreter der Behörde die Verhandlungen zu verschleppen suchen. Es zeugt nur von der großen Loyalität der Organisationsleitungen, daß sie alle immer wieder den Verdacht ihrer Mitglieder zu zerstreuen suchten, indem sie den störenden Verlauf der Beratungen in entsprechenden Artikeln der Gewerkschaftsblätter durch die Schwierigkeit und Vielgestaltigkeit der Materie zu erklären suchten. Nunmehr scheint es jedoch, als wollte sich die Behörde diese Anständigkeit und Engselgeduld der Arbeitervertreter zunutze machen und die Verhandlungen maßlos in die Länge ziehen und die schließlich ganz verhandeln lassen. Da die preussische Eisenbahnbehörde mit einer Uebernahme der Bundesstaatlichen Eisenbahnen auf das Reich zu rechnen scheint, geht ihr Bestreben dahin die Beratungen bis zum Bekanntwerden des Zeitpunktes der Uebernahme zu verzögern, um dann mit dem Hinweis auf die Zwecklosigkeit eines Tarifabschlusses zwischen dem Bundesstaat und den Eisenbahnern die Verhandlungen abbrechen zu können. Nach der Uebernahme durch die Reichsbehörden wäre die Zeit für Verhandlungen wiederum ungünstig, denn dann ist es leicht die umfangreichen Uebernahmearbeiten selbst und die damit verbundene Umorganisation der leitenden Behörden als Behinderungsgrund vorzuschützen. Und so würde es, falls künftigen die Herren, gelingen, die Verhandlungen schließlich völlig unmöglich zu machen.

Da sich die Eisenbahnvertreter diese Verschleppungstaktik der Behörden nicht gefallen lassen können, hat die Behörde sich bereit gefunden die Lohnsätze vorläufig neu zu berechnen, die Lohnsätze vorläufig neu zu berechnen — vielleicht in der Absicht, es bei diesem Provisorium überhaupt bewenden zu lassen. Die Vorschläge, die die Vertreter der Behörde zu machen gerufen, sehen so aus: die Handwerker sollen überall 10 Pf. pro Stunde mehr erhalten als Arbeiter und die Löhne werden in den einzelnen Orten abgestuft. So z. B. sollen die Arbeiter folgende Stundenlöhne erhalten: in Berlin 40 Pf., in Köln Leipzig usw. 30 Pf. in Magdeburg, Halle und allen niedriger liegenden Orten 20 Pf. pro Stunde.

Dieses Angebot hat auf die Eisenbahner wie eine Herausforderung gewirkt. Es wird überall von den Arbeitern einmütig zurückgewiesen und die Mitgliederkosten fordern von den Organisationsleitungen die sofortige Kampfanfrage. Kommt es zum Kampf, zu neuen Eisenbahnerbewegungen, dann tragen die verächtlichen Bureaukraten die Schuld, die in solcher Weise — aus bloßem Unverstand oder aus frevelhafter Gewissenlosigkeit — ihr Spiel mit den Interessen einer für das Wirtschaftsleben so wichtigen Arbeitergruppe treiben. Wenn die Reichsregierung hier nicht sofort eingreift, dann wird auch dem letzten Dummheit klar werden, daß diese Regierung sich nur stark fühlt, wenn es heißt, streikende Arbeiter zur „Ordnung“ zu bringen, daß sie aber ohnmächtig ist wie ein Kind gegenüber widerborstigen eingestellten Bureaukraten und anmohenden Unternehmern. Der Reichsarbeitsminister hat die Pflicht, sich der Reichsarbeitsminister und die Eisenbahnbureaukraten Ende sofort anzunehmen und die Eisenbahner zu genau so zu behandeln, wie irgendeinen Unternehmer. Es ist ein Schiedsgericht einzusetzen, das die Verhandlungen aufnimmt und mit größter Beschleunigung auf den Grund des vorliegenden Entwurfs fortführt. Oder will die Regierung die Erledigung der Sache — Rolle überlassen?

Einstweilen derselben Wolff-Bureau folgende Beschlüßigungsmeldung:

Es wird versucht, die Lösslichkeit durch die Nachfrist zu beunruhigen, daß die Tarifverhandlungen der Eisenbahnerverwaltung mit den Gewerkschaften der Eisenbahnerarbeiterschaft seien. Die Nachfrist ist unrichtig. Die Tarifverhandlungen haben bereits zur Verständigung über ein

wichtiger Punkte des Tarifvertrages geführt; sie sind kurz vor dem Fest, der Feiertage wegen, bis zum 6. Januar 1920 vertagt worden und werden dann ungesäumt weitergeführt werden. Vor der Vertagung hat die Verwaltung nach Fühlungnahme mit den Gewerkschaften sich bereit erklärt, schon vom 1. Januar ab den Arbeitern nach Ortsklassen gestaffelte Zulagen zum jetzigen Stundenlohn zu zahlen. Dabei bestand Einverständnis darüber, daß die Höhe des Tarifvertrages keinesfalls unter diese Zulagen heruntergehen werden, und daß die Arbeiter auf jeden Fall die im Tarifvertrag festzustellenden Zulagen rückwirkend vom 1. Januar 1920 ab nachgezahlt erhalten. Es handelt sich also bei diesen Zuschlägen nicht, wie behauptet worden ist, um einen Vorbehalt, der etwa von den Arbeitern wieder zurückgezahlt werden müßte, sondern um eine teilweise Vormerkmale des Tarifvertrages. Nach Auffassung der Verwaltung besteht kein Grund zu der Annahme, daß die Tarifverhandlungen nicht zum Abschluß gebracht werden könnten.

Die Meldung bestätigt, daß den Eisenbahnern provisorische Zulagen angeboten worden sind, aber sie vergißt hinzuzufügen, daß dieses beschämende Angebot den Grund für die kritische Wendung bildet, die die Verhandlungen zu nehmen drohen. Und sie fügt zur Verunfälschung der Sache noch den Schluß, indem sie bemerkt, daß die tarifmäßigen Zulagen selbstverständlich nicht unter dieses Provisorium heruntergehen werden. Wir hoffen, daß die Regierung bald mehr und anderes zu der Sache zu sagen hat.

Der Wiederaufbau der Internationale.

Bern, 29. Dezember. (Schweizerische Depeschengentur.) Das Zentralkomitee der schweizerischen Sozialistischen Partei wird in der ersten Hälfte des Januar zusammentreten, um die Möglichkeit zu besprechen, die Sozialisten der ganzen Welt zur Wiederrichtung der Internationale einzuberufen.

Ein aus den fortgeschrittenen Elementen der unifizierten Sozialisten zusammengesetzter Ausschuss, der sich zum Zwecke der Reorganisation der Internationale gebildet hat, präsierte in seiner ersten Sitzung gestern die Lage, wie sie sich aus dem Kongreß der deutschen Unabhängigen in Leipzig ergibt. In der Aussprache wurde im Hinblick auf den Straßburger Kongreß und auf die nötig werdenden und bevorstehenden internationalen Zusammenkünfte, insbesondere die Frage behandelt, ob es nicht zweckmäßig sei, mit den linksstehenden Elementen in allen Ländern der Zweiten Internationale in Verhandlungen zu treten, um eine geschlossene Gruppe zu bilden, die diese Internationale reorganisieren würde.

Wir kommen auf die hier gemeldeten Vorgänge zurück, wenn eingehendere Berichte vorliegen werden. Jedenfalls zeigen aber auch diese Meldungen, daß der von uns vertretene Standpunkt von den führenden Kreisen der Schweizerischen und der französischen Partei geteilt wird und daß der Beschluß unseres Leipziger Parteitag die Idee des Zusammenchlusses der sozialrevolutionären Parteien aller Länder in einer aktionsfähigen Internationale mächtig gefördert hat.

Trozkis Friedensprogramm.

H. N. New York, 29. Dezember. „Chicago Daily News“ gibt eine Unterredung zwischen Trozki, dem englischen Parlamentarier Oberst Malone und dem amerikanischen Journalisten Levine, wieder. Darin erklärte Trozki:

„Unser Programm kann in einem Satz zusammengefaßt werden, nämlich: Paß und in Frieden; wenn wir wirklich so schwach sind, wie man uns in der Weltpresse darstellt, so werden wir allein vor Erschöpfung sterben. Unsere Politik ist lediglich eine defensive und wir wollen keinerlei Eroberungen. In den nächsten zwei Jahren hat der Krieg und daran gehindert, unsere demokratischen Ideale auszubauen. Die Diktatur des Proletariats ist fast einzig ein Ergebnis des Krieges selbst, und diese Diktatur ist eine vorübergehende Maßnahme. Die Frontlinie und die Blockade müssen verschwinden, dann wird sich erweisen, daß unser Willkürismus gleichfalls verschwindet.“

Kopenhagen, 29. Dezember. Die Zivilbevölkerung von Odessa beginnt die Stadt zu räumen infolge des raschen Vormarsches der Bolschewiken.

Vergebliches Mühen.

Von Walter Dehne, Berlin.

Die Presse hat sich mehr oder minder ausführlich, mehr oder minder häufig mit der Darstellung beschäftigt, die ich an dieser Stelle über die Maßnahmen der rechtssozialistischen Volksbeauftragten beim Austritt unserer Genossen aus der Reichsregierung gegeben habe. Auf die persönlichen Angriffe gedenke ich nicht zu antworten, da mir lediglich an der Feststellung der Wahrheit liegt und auf diesem Wege dazu nichts beigetragen werden kann.

Nun zu den sachlichen Dingen, denen der „Vorwärts“ von seinem Zweispalten-Beitragler vierzig Zeilen widmet. Es ist bezeichnend, daß die beteiligten Personen, vor allem Herr Ebert, sich zu der Angelegenheit noch nicht geäußert haben. Ich hoffe aber, daß dies noch geschieht, denn nur so werden die Vorgänge einwandfrei geklärt werden. Die Folge des Schweigens ist, daß der „Vorwärts“ einem Irrtum zum Opfer gefallen ist. Er verwechselt die Dezember-Vorgänge mit den Januar-Vorgängen. Im Januar allerdings haben Ebert und Scheidemann sich allmählich „in andern Häusern“ aufgehalten, oder um mit dem Genossen Däumig zu reden, „unlerblich“ gelebt. Damals war das noch nicht notwendig und Scheidemann hatte sich nach Haus nach Sieglitz begeben. Während Ebert mit dem Kriegsminister in der Reichskanzlei zurückblieb. Ein Irrtum meinerseits ist vollkommen ausgeschlossen. Ich bin bereit, zu bescheiden, daß ich noch nach dem Fortgehen Ledebours den Kriegsminister und Ebert gesprochen habe. Dem „Vorwärts“ wäre dieser Irrtum, wie gesagt, erspart geblieben, wenn er gewartet hätte, bis Herr Ebert sich auf die Vorgänge jener Nacht besonnen hat. Das übrigens dieser Fall, in dem die rechtssozialistischen Volksbeauftragten sich verleugnen ließen und dadurch wichtige Verhandlungen und Verständigungen unmöglich machten, nicht der einzige ist, wird bei anderer Gelegenheit noch zu beweisen sein. Vorläufig halte ich meine Bescheidung anrecht, daß Herr Ebert damals absichtlich die Möglichkeit einer Verständigung die durch Verhandlungen mit Ledebour gegeben war, zurückgewiesen hat. Und ich wiederhole, daß noch am Morgen des 24. Dezember alle Ermahnungen des Genossen Kay Geden, vor dem militärischen Vorgehen Abstand zu nehmen und mit den Matrosen zu verhandeln, abgelehnt worden sind.

Zu der Beschuldigung der Irreführung des Zentralkomitees äußert sich der „Vorwärts“ überhaupt nicht. Ich möchte aber zur Ergänzung meiner Ausführungen noch hinzufügen, daß eine der wichtigsten Probleme der Verhandlungen zwischen dem Kriegsminister und den drei rechtssozialistischen Volksbeauftragten in der Nacht vom 23. zum 24. Dezember der sofortige Abtransport der Volksmarine-Division war. Die militärischen Dienststellen hatten sogar dafür gesorgt, daß am Morgen des 24. Dezember Transportzüge bereitstanden, um die Volksmarine-Division aus Berlin abzutransportieren. Der Kriegsminister hat während der Verhandlungen, die ich mit anhöre, mehrfach auf die großen Schwierigkeiten dieses Abtransportes bei der geringen Truppenmacht, die ihm zur Verfügung stand, hingewiesen. Auch daraus geht deutlich hervor, daß, als die Volksbeauftragten dem Kriegsminister den Befehl zum Vorgehen gegen den Marhall gaben, sie dies nicht taten, um das Leben von Weis zu retten, sondern um die Volksmarine-Division aus Berlin zu befehligen. Daß man völlig unbedacht versuchte, alle Schuld auf den Kriegsminister abzuwälzen, veranlaßte diesen ja auch sofort seinen Rücktritt zu erklären. Die Demission des Kriegsministers war doch nur deshalb nötig, weil die rechtssozialistischen Volksbeauftragten die Verantwortung für die militärischen Maßnahmen, die sie selbst angeordnet hatten, auf den Kriegsminister abzuwälzen versuchten. Es ist bezeichnend für die Art und Weise, in der man den Zentralrat irreführen versucht, daß man es zu verhindern suchte, daß die wichtigste Person — nämlich der Kriegsminister selbst — den Verhandlungen beiwohnt. Der Kriegsminister hat später schriftlich und mündlich dagegen Protest erhoben, daß der Zentralrat in dieser Weise irreführt worden sei, und daß man ihm die Verantwortung für Dinge aufzulegen wollte, die die rechtssozialistischen Volksbeauftragten selber angeordnet hatten. Ich habe auch den Verhandlungen beiwohnt, in denen die drei Volksbeauftragten den Kriegsminister von seinem Standpunkt abzubringen versuchten. Die Situation war äußerst bedrohlich insofern, als der Kriegsminister ursächlich amtierte war seine Fortsetzung von

den Tatsachen der Öffentlichkeit zu übergeben, und nur durch
langes Zureden und durch den so oft mißbrauchten Hinweis auf
das allgemeine deutsche Interesse haben die drei rechtssozialistischen
Volksbeauftragten damals den Kriegsminister bewegen können,
von einer Veröffentlichung seiner Ansicht abzusehen. Seine An-
sicht selbst hat der Kriegsminister niemals aufgegeben, und ich
bin der festen Überzeugung, daß er auch heute noch bereit sein
wird, vor Gericht dementisprechende Aussagen zu machen.

Auch auf meine Behauptung, daß man systematisch gegen die
unabhängigen Volksbeauftragten in der Regierung gearbeitet hat
und sie bei der Verwaltung der Bureaugeschäfte auf das schwerste
benachteiligte, hat der „Vorwärts“ bisher nicht zu ant-
worten gewußt. Ich warte auf diese Antwort, um das nötige
Beweismaterial dafür erbringen zu können.

Es ist bezeichnend, daß auch der „Vorwärts“ meinen Artikel
benso wie kürzlich ein Regierungsbekannter in die hangängliche
Frage ausliefen läßt: „Ist das alles?“ Ich werde mich hüten,
ihm jetzt schon darauf zu antworten.

Während es dem „Vorwärts“ nicht gelungen ist, den Herrn
Reichspräsidenten Ebert und den Ministerpräsidenten Brügger zu
einer Aussage zu bewegen — und beide wohnen doch, wie ja wohl
auch der „Vorwärts“ weiß, noch in der Wilhelmstraße —, hat der
„Vorwärts“ den Herrn Kriegsminister Scheuch aufge-
fordert. Scheuch's Aussage bestätigt aber nur einen Verdacht, den
ich bisher nicht ausgesprochen gewagt habe, daß man auch dem
Kriegsminister den Vermittlungsversuch Ledebours verschwiegen hat. Es war mir dies zwar von
vornherein wahrscheinlich, da selbstverständlich Herr Ebert mög-
lichst wenig Mitwisser von seinem Verleumdungsversuch haben
wollte, aber erst durch die Aussage des Kriegsministers wird dieser
Verdacht nunmehr bestätigt. Der Kriegsminister behauptet ferner,
daß Ebert die Reichsregierung verlassen zu haben, etwas, was ich nie-
mals bestritten habe, und er gerührt mit dieser Aussage die erste
Legende des „Vorwärts“, vor es so darzustellen versuchte, als
es Scheuchmann und Ebert gleichzeitig die Reichsregierung verlassen
hätten. Um in wenigen Worten noch einmal den Vorgang zu
wiederholen, wie er sich nun nach Berücksichtigung der Aussage
des Kriegsministers darstellt, sei festgestellt, daß Ledebour seinen
ersten Vermittlungsversuch im Kriegsministerium gemacht hat
und daß man ihm dort antwortete, der Kriegsminister sei noch in
der Reichsregierung. Die Adjunkten des Kriegsministers werden
diese Aussage bestreiten müssen. Ledebour begab sich sofort
zum Kriegsministerium zur Reichsregierung und sowohl der Vorwort
als auch ich haben Ledebour sofort bestätigt, daß der Kriegs-
minister noch bei Ebert im Hause sei. Brügger hat
dann offenbar heimlich Ebert vom Eintreffen Ledebours Mit-
teilung gemacht und dieser hat fragen lassen, er sei nicht da.
Ledebour's Adjunkten nach kurzer Zeit Brügger und er-
käarte, Ebert und der Kriegsminister seien Ebert's fortgegangen.
Der Portier mußte auf's höchste erschreckt sein seine Aus-
sage revidieren und erklären, es sei möglich, daß Herr Ebert und
der Kriegsminister schon fortgegangen seien, er habe es nicht beob-
achtet. Eine selbstverständliche unmögliche Tatsache, da der Portier
ja selbst für die Verbeisichtigung des Autos zu sorgen hatte. Nach-
dem Ledebour die Reichsregierung verlassen hatte, sprach ich, wie ich
wiederhole, Ebert und den Kriegsminister nochmals und einige
Zeit, nachdem Ledebour das Haus verlassen hatte, entfernte
sich auch der Kriegsminister. Hätte er vor dem Eintreffen Ledebours
das Haus verlassen und, wie er selbst mitteilt, sich ins
Kriegsministerium antreffen müssen und sein Adjutant hätte damals
Ledebour nicht erklären können, daß der Kriegsminister noch in
der Reichsregierung sei. Bisher hat der „Vorwärts“ mit seinen
Erwiderungen nur erreicht, daß neues belastendes Material hin-
gekommen ist: man hat eben auch den Kriegsminister irro-
geführt, offenbar in der Furcht, daß er angesichts seiner geringen
Truppenmacht zu Verhandlungen bereit gewesen wäre. Viel-
leicht veranlaßt der „Vorwärts“ nun endlich Herrn Ebert und
Herrn Brügger, die beiden einzigen Eingeweihten, zu einer Aus-
sage. Erst dann ist die Möglichkeit gegeben, weiter über diese
Frage zu diskutieren.

Aufgaben der Betriebsräte.

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ bringt nachträglich einen
Bericht der Verhandlungen des österreichischen Gewerkschafts-
kongresses über die Frage der Betriebsräte. Die Beratungen geben
ein deutliches Bild der Stellung der Betriebsräte nach dem vorliegenden
Gesetz und zeigen vor allem, daß das elende Nachwerk von einem
Betriebsrätegesetz, das in Deutschland zurechtgemacht wird, weit
hinter dem zurückbleibt, was in Oesterreich möglich ist. Wir
geben daher einen Auszug aus dem Bericht wieder.

Referent war Domes. Er führte u. a. aus:
„Der Betriebsrat ist nicht nur der legitimierte Vertrauens-
mann, sondern wird jetzt ein Glied, das aktiv auf die
Produktion Einfluß nimmt. Sicher darf man es
sich nicht so vorstellen, daß jeder Betriebsrat nach seiner Auf-
fassung bestimmen wird, welche Arbeitsmethoden angewendet
werden sollen. Der Betriebsrat hat nicht die Aufgabe, den
Produktionsprozeß im anordnenden Sinne zu regulieren, aber
er hat seine Maßnahmen über die Bedingungen, die die
Produktion auf die Arbeiter ausübt, in der Betriebsberatung
darzulegen, und so wird die Betriebsleitung verpflichtet sein,
die Produktionsmethoden so einzurichten, daß der Arbeiter
physische Erschöterungen findet und auch die Pro-
duktion der Fabrik erhöht wird.“

Domes legte weiter dar, daß der Betriebsrat dafür zu sorgen
hat, daß die Produktivität gesteigert oder doch wenigstens
auf einer erträglichen Höhe gehalten wird. Insbesondere hat er
die Aufgabe, für die Erhaltung der Rentabilität gemein-
wirtschaftlicher Betriebe sorgen zu helfen.
Sehr beachtenswert ist, daß der Referent hervorhob, daß der
Betriebsrat keineswegs an die Stelle der Gewerkschaft treten soll
und daß er bei der Ausübung seiner Befugnisse nicht allein
auf den eigenen Betrieb blicken darf. Seine Aufmerk-
samkeit muß stets auf das Wirtschaftsganze gerichtet sein und
seine Aufgaben hat er zu erfüllen in enger Fühlung mit der
Gewerkschaft. Domes sagt darüber:

„Das Gesetz über die Betriebsräte hat bei manchen Ge-
werkschaften die Befürchtung erweckt, daß die Betriebsräte die
Vollziehung der Aufgaben werden, die bisher von den Gewerks-
chaften besorgt worden sind. Der ursprüngliche Gesetzentwurf
ließ diese Befürchtung gerechtfertigt erscheinen. Er hätte allein
das Recht der Arbeiter gegen den Unternehmer zur Geltung
bringen sollen. Wenn der Betriebsrat seine Tätigkeit nur von
dem Gesichtspunkt seines Betriebes aus zu beurteilen hätte,
wären wir in kapitalistische Zustände gekommen. Aber
gemäß dem endgültigen Gesetz trifft die Entscheidung die Ge-
werkschaft. Der Betriebsrat hat die Einhaltung der von der
Gewerkschaft geschlossenen Kollektivverträge zu überwachen.
Dadurch wird das Schwerkraft des Aufsichtsrates, den der
Betriebsrat hat, ebenfalls in die Gewerkschaft verlegt, wie denn
auf Grund des Gesetzes die Gewerkschaft in der
künftigen Produktionswirtschaft eine sehr
bedeutende Aufgabe haben wird. Die Betriebsräte

sind die Organe, die die der Gewerkschaft zustehenden Rechte
zur Geltung bringen sollen.“

Unsere österreichischen Genossen verlegen somit das Schwerk-
gewicht der gesamten Aufgabe in die Gewerkschaft, eine Auf-
fassung, bei der wir ihnen nicht ganz folgen können. So sicher
es ist, daß die Betriebsräte nur in enger Fühlung mit der
Gewerkschaft fruchtbar arbeiten werden können, so zweifel-
haft erscheint es uns, ob es zweckmäßig ist, die Gewerkschaften
mit der Fülle der Aufgaben, die auf dem allgemeinen Gebiete
der Produktionsregelung nach gesellschaftlichen Gesichts-
punkten liegen und mit den Fragen der Entlohnung nur noch
entfernt etwas zu tun haben, belasten soll. Es erscheint uns
vorteilhafter, — auch für die Gewerkschaften selbst — wenn das
Proletariat für diesen Zweck besondere Organisationen
schafft, die natürlich die Verbindung mit den Gewerkschaften eben-
falls nicht verlieren dürfen.

Der Kongreß nahm nach einer interessanten Debatte fol-
gende Resolution an:

Der Aufgabenkreis der Betriebsräte erfordert von
diesen ganz besondere Kenntnisse des Tarifwesens, der sozialen
Gesetzgebung, ferner betriebstechnisches und kommerzielles
Wissen, das durch entsprechende Schulung erworben werden
muß. Es ist Aufgabe der Gewerkschaftsorganisationen, alles
daranzusetzen, damit der Arbeiterschaft die Erwerbung dieser

An unsere Postabonnenten!

Um eine geregelte Lieferung der

„Freiheit“

auch im neuen Jahr sicher zu stellen, ist es notwendig, daß
unsere

Postabonnenten

das Abonnement für das 1. Quartal 1920 sofort bei der
zuständigen Postanstalt anordnen.

Der Verlag.

Kenntnisse ermöglicht werde durch: Abhaltung von Einzel-
vorträgen über die verschiedenen Gebiete der Tätigkeit
der Betriebsräte; Einrichtung von Betriebsräteschulen,
an denen die Teilnehmer von Praktikern und Theoretikern
systematische Aufklärung vermittelt werden kann; Herausgabe
zweckentsprechender Broschürenliteratur; Einschaltung
einer ständigen Betriebsrätepublikation in den Hochblättern;
Abhaltung von Konferenzen der Betriebsräte. Nur so kann
bewirkt werden, daß diese für die Arbeiterschaft Oesterreichs
so nützliche Institution ihren Zweck voll und ganz erfüllt.

Wir betonen, daß die Ausführungen des Genossen Domes
nicht die Forderungen der österreichischen Gewerkschaften
in der Betriebsrätefrage, sondern die Aufgaben der Be-
triebsräte darstellen, deren Verwirklichung durch das Gesetz
in Oesterreich bereits möglich ist. Obwohl auch dieses Gesetz
noch weit entfernt ist von der erstrebenswerten Vollkommenheit,
so ist doch der Abstand zwischen dem in Oesterreich bereits
erreichbaren Zustand und dem, was man den deutschen Arbeitern
erwidern will, nicht minder groß. Die deutsche
Arbeiterschaft wird die bevorstehende dritte
Lesung des Betriebsrätegesetzes zum Anlaß
nehmen müssen, um ihre Forderungen noch
einmal mit Nachdruck zu verteidigen.

Die russisch-englischen Verhandlungen in Kopenhagen.

Die zwischen Litwinow und O'Grady geführten Verhand-
lungen über den Gefangenen austausch wollen
nicht recht von der Stelle. Es schien einen Tag sogar, als sei ein
bestimmter Abbruch der Verhandlungen unermesslich. Jede
Partei weiß der anderen die Schuld an der Krise zu. Die eng-
lische Regierung will sich nicht auf eine teilweise Regelung der
Frage einlassen, vor allem will sie nicht die Offiziere in Rußland
lassen, wenn aus irgendeinem Grunde der Austausch aller
brillanten gegen alle russischen Gefangenen nicht möglich ist. Der
Hauptgegenstand des Streites ist die Forderung Litwinow's, daß
der Austausch auch der hochspanischen Gefangenen einschließen
soll, die in den Händen der antihöfischen russischen Armee
sind. Die britische Regierung stellt dieser Forderung gegenüber,
daß sie keine Befehlsgewalt in Nordrußland habe. Sie will alle
russischen Gefangenen auf englischem Boden freilassen, was
darauf hinausgehe, sei ihr unmöglich.

Die Frage der Rückführung der russischen Gefangenen in
Deutschland wurde ebenfalls behandelt. Die Sowjetregierung
beantragt einen Sitz in der internationalen Gefan-
genenkommission, und dieses Verlangen ist nur zu be-
gründlich. Litwinow begründete die Forderung damit, daß Ruß-
land sich verweigern wolle, daß keiner der Gefangenen gegen
seinen Willen zu Kollaborat oder Denksin oder sonst wo hin geschickt
werde. Ueber diesen Punkt scheint ebenfalls noch keine Einigung
erzielt worden zu sein.

Trotz der Rückweisung der russischen Friedensvorschlüge durch
Lord George in der vergangenen Woche mit der Begründung,
das dänische Votum, das nur zu Verhandlungen über die
Gefangenenfrage gewährt worden sei, dürfe nicht verletzt werden,
haben Litwinow und O'Grady auch über solche Fragen gesprochen,
und es scheint nicht, als ob das irgendwelche diplomatische Ver-
ständigung mit Dänemark nach sich ziehen werde. Die An-
regung Lord George's, wenn Rußland ernsthaft Frieden wolle,
so möge es zunächst mit Denikin und Koltschal Friede
abschließen, ist von Litwinow aufgegriffen und dahin
beantwortet worden, daß der Friedensschluß mit den Allierten
ohne weiteres Frieden mit den Antijowitschgenerolen nach sich
ziehen würde, da diese sich nur durch die Unterstützung der All-
lierten halten könnten. Die Wallit-Vorschläge seien praktisch ein
Friedensvorschlag mit den Konterrevolutionären, aber die Sowjet-
regierung würde niemals direkt an diese heran-
treten. Wenn die Allierten die Wladade ausführen und weitere
direkte Unterstützung verweigern, so würde schon dadurch innerhalb
weniger Monate der Friede hergestellt sein.

Allerdings hat es noch nicht den Anschein, als ob die Entente
sich einschließen könnte, die Wladade aufzugeben, und so wird
das russische Volk noch geraume Zeit auf einen wirklichen Frieden,
dessen es so dringend bedarf, warten müssen.

Die Komödie beginnt.

Western trat in Berlin der Untersuchungsausschuß
zusammen, der von den Rechtssozialisten zur Untersuchung des
Parvus-Skandals eingesetzt wurde. Den Vor-
sitz soll nicht, wie gemeldet, der Abgeordnete Collmann, sondern
der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion der Reichstages,
Kollmann, W. G. Sander mann, führen.

Die nächsten Tage über Wochen werden nun also die Mes-
sungen dieses famosen Untersuchungs-ausschusses hängen. Wir
haben bereits betont, daß wir von diesem Ausschuß zur Auf-
hellung der dunklen Affären nichts erwarten. Man wird etwas
Tausend schlagen, um dann mit einem — Vertrauens-
votum zu endigen.

Mit „Achtung“ gestempelt.

Ein bekannter Parteigenosse wurde dieser Tage in seiner
Privatwohnung in einem Berliner Vorort telefonisch angerufen.
Vor Herstellung der Verbindung entspann sich zwischen dem
Telefonfräulein und ihm folgender Dialog: „Warum ist Ihre
Nummer mit „Achtung“ gestempelt, ist das ein Bureau?“
„Nein, eine Privatwohnung.“ „Ja, warum ist Ihre Nummer
hier denn mit „Achtung“ gestempelt?“ „Fräulein, Sie sind wohl
neu im Amt?“ „Nein, aber ich habe Ihre Nummer noch nicht
bedient.“ „Fräulein, die Nummern, die besperrt werden
sollen, sind dort auf dem Amt mit „Achtung“ gestempelt.“
„Ja, das mag dann wohl so sein.“

Oberbürgermeisterwahl in Göttingen.

Bei der Oberbürgermeisterwahl in Göttingen erhielt Kressor
Geher in Alton, der Kandidat der Sozialen Partei, 5958 Stim-
men, der Erste Bürgermeister in Göttingen, Scheffler, den die
übrigen Parteien, einschließlich der Rechtssozialisten, als Kan-
didaten aufgestellt hatten, 11168 Stimmen. Die Wahlbeteiligung
betrug 70 Prozent.

Deutsch-französische Vereinbarungen für den Wiederaufbau.

Die Sekretäre des Deutschen Gewerkschaftsbundes Pöpa-
low und Silbermann und der Sekretär der französischen
Organisation, Chauvin, haben nach persönlichen Verhand-
lungen einen Vertrag für diese beiden Organisationen ge-
schlossen, der die Arbeitsbedingungen der deutschen und deutsch-
österreichischen Kanarbeiter im Wiederaufbaubereich festlegt. Die
Hauptpunkte sind (nach Mitteilungen der französischen Presse):
Anerkennung des Rechts für die deutschen Arbeiter zum
Streik der Arbeit nach Frankreich zu kommen, vorausgesetzt, daß
sie hierfür bestimmt sind und den örtlichen Arbeitern keine
Konkurrenz machen. Bezahlung der deutschen Arbeiter nach dem
ortsüblichen Normtarif. Freie Ausübung des Rechts der Aus-
sprache und Kontrolle über hygienische Fragen, Ernährung,
Schlafräume und Schutz vor Unfällen an den Arbeitsstellen und
in den Quartieren. Genug der gewerkschaftlichen
Arbeiten. Freiheit jederzeit in die Heimat zurückzukehren,
freier ungenutzter Briefverkehr mit der Heimat. Pflichtver-
sicherung gegen Krankheit, Unfälle und Invalidität usw. Unver-
zügliche Anwendung des Achtstundentages.

Bedingungslose Unterzeichnung.

Genf, 29. Dezember.

Ein Havakkommentar meldet, daß die Verbündeten, ohne
daß Deutschland eine Frist gestellt würde, die Unterzeich-
nung des Pariser Protokolls bis zum 8. Januar erwarten.
Der „Lyoner Progrès“ meldet aus Paris, nach einer halbamtlichen
Aussage wird in weitere Verhandlungen mit der deutschen Ab-
ordnung erst nach Unterzeichnung des Schlusprotokolls einge-
treten.

Die amerikanische Kreditflut für Europa.

Amsterdam, 28. Dezember.

„Pressbureau Radio“ meldet aus Annapolis, daß der
Gesetzentwurf, der zur Bildung von Korporationen zur Finan-
zierung des amerikanischen Ausfuhrhandels
ermächtigt, unterzeichnet worden ist. Die Korporationen
werden nicht allein die gewöhnlichen Warengeschäfte abwickeln,
sondern können auch ausländischen Käufern amerikanischer Aus-
fuhrwaren unter Aufsicht des Federal Reserve Board Geld vor-
strecken. Wie berichtet, wird durch diesen Gesetzentwurf die
Bildung einer mit Hunderten von Millionen Dollar finanzierten
Kauf-Korporation ermöglicht, die die Wiederaufbauung
Europas mit Erzeugnissen amerikanischer Werke und Fabriken
betreiben kann.

Wahl der Elternbeiräte. Laut Verfügung des Preussischen
Kultusministeriums sind die Wahlen zu den Elternbeiräten
an den Volksschulen auf den 25. Januar, an der
höheren Schulen auf den 18. Februar ange-
ordnet.

Eine Gemeinheit. Zu dem unter Vorstehender Überschrift im
Nr. 603 der „Freiheit“ erschienenen Artikel wird und aus dem
Reichsjustizministerium mitgeteilt, daß die Weisung auf Veranlas-
sung des Ministeriums auch an die Weisungsbefugten ausge-
geben ist, und zwar noch ehe unser Artikel erschien. Wir begrei-
fen es, daß eine Weisung eine Unverrückbarkeit besetzt hat, ohne
dazu erst durch die öffentliche Kritik bewegen zu sein. Hoffentlich
geht auch unser Wunsch in Erfüllung, die Beamtenposten nur mit
Leuten von sozialer Einsicht zu besetzen, damit solche Klagen gar
nicht erst aufkommen können.

Die Verminderung des Reichsheeres, das nach dem Friedens-
vertrag nur 90 000 Mann stark sein darf, muß nach dem Friedens-
vertrag am 11. April 1920 durchgeführt sein. Offiziell wird nun
mitgeteilt, daß eine große Anzahl von Soldaten ihre Garnisonen
verlassen würden und es besähe „militärischen“ keine Mög-
lichkeit, diesen Verlust auszugleichen. — Soll mit dem Wort „mili-
tärischerseits“ angedeutet werden, daß durch die Schaffung der
Ehrenwehr, der Sicherheitswehr, der Wehrwillingen, der
technischen Reserve und ähnlichen wehrlosen militärischen Ein-
richtungen von anderer Seite ein Ausgleich geschaffen werden
könnte?

Einen Nahrungsmittelkredit von 6½ Millionen Gulden hat
die Holländische Ausfuhrgesellschaft der Republik Oesterreich zu
bewilligen beschlossen. Zur Bedingung macht die Gesellschaft
daß das alte Oesterreich aus den gemeinsamen Aktiobeständen
die 10,5 Millionen holländische Gulden, die im folgenden Jahre
fällig sind und wofür die Oesterreich-ungarische Bank garan-
tierte, sofort zurückzahlt. Voraussetzung für dieses Abkommen
ist, daß die Entente sich in aller Form mit ihm einverstanden
erklärt.

Die Dauer der Besetzung. Der Rat der Verbündeten inter-
pretiert, nach einer Meldung des „Echo de Paris“, die Bestim-
mungen des Pariser-Vertrages über die Dauer der Besetzung der
deutschen Gebiete dahin, daß diese Besetzungsdauer erst vom
Tage der Rechtsgültigkeit des Friedensvertrages zu
rechnen sei.

Aufhebung der Stapelfaserbewirtschaftung. Die Bewirtschaf-
tung der Stapelfaser ist auf Weisung des Interkommunales für
Kunstseide und Stapelfaser im Württembergischen Ministerium
aufgehoben worden.

Triumph der Militärjustiz.

Vor dem Kommandanturgericht (Nebenstelle) fand gestern die Verhandlung gegen den Oberleutnant v. Des., Regiments-Assistent a. D. Hans Giller statt, der nach der Anklage hinsichtlich verdächtig erschien, Untergebene schwer mißhandelt zu haben, so daß bei einigen Soldaten der Tod eintrat. Der Fall Helmhake erregte in der Presse vor einiger Zeit berechtigtes Aufsehen; immer wieder drängten wir darauf, daß das eingeleitete Verfahren beschleunigt werden soll und endlich sollten gestern die Beschlüsse des Majors Giller, nachdem bereits im Mai dieses Jahres die Anklage von dem Vater des verstorbenen Kriegesoldaten Helmhake eingereicht worden war, ihre Sühne finden.

Wie bei dem Mörder Rasch, auch hier eine Art divisions-patrimonialer Theater. Den Vorsitz führte Kriegsgerichtsrat Schulz, die Anklage vertrat Kriegsgerichtsrat Weber, der nicht einmal wußte, ob er an den Angeklagten direkte Fragen richten darf. Zeugen waren u. a. ein Kriegsgerichtsrat, der nur Fragen zur Entlastung des Angeklagten an die Zeugen stellte und offensichtlich Partei für Giller nahm. Vor diesem Theater sollte sich nun ein Film abspielen, wie wir es gewohnt sind, wenn verbrecherische Offiziere auf der Anklagebank sitzen.

Der Angeklagte Giller, der Tag des mit gut bekannten Missetatens, der sich in das Wesuländer seiner Leute überhaupt nicht verstehen konnte, hatte sich zur Feier des Tages mit dem G. R. L. M. geschmückt. Es wird ihm zur Last gelegt, daß er den Hülfiler Helmhake, als er bei furchtbaren Kälte in den Karpaten an einem Baum gebunden war, geschleift hat. Als der kranke Helmhake aus einem Erdloch, in dem er als Untersuchungsgefangener untergebracht war, von zwei Krankenpflegern zur Latrine geführt wurde, hat Giller diesen halblosen Menschen in das Gefäß getreten mit den Worten: „Das Mistloch vertritt sich ja nur, trete ich doch in den A. — — —, ist denn das was noch nicht trepiert!“ Weiter wird Giller angeklagt, daß er den freiwilligen Thomas bei großer Kälte nach einigen Stunden Wehleid verließ es sich mit einem Studenten Müller, der heimlich den Angeklagten bei, als Posten abgesetzt zu werden, da er krank sei. Der Angeklagte lehnte die Bitte in brutaler Weise ab. Müller wurde einige Stunden später tot in der Latrine gefunden. Ueber Mißhandlungen seiner Untergebenen mit Keipfeische, Seitengewehr, Gewehrkolben und Gebirgsstock liegen mehrere Aussagen vor.

Ueber den Fall Helmhake sagte der Angeklagte aus, daß Helmhake wegen Unterschlagung von Käse zwei Stunden an einem Baum gebunden wurde. Ein zweites Mal wurde er an einen Baum gebunden, weil er angeblich krankheitsbedingt nicht zum Wehleid reinigen erschienen war. Während Verhängung dieser Strafe habe er gejamert und geschrien und der Bataillonskommandeur habe ihm dies verboten. Er habe den Major beschimpft und dieser habe die Bestrafung Helmhakes angeordnet und einen Lärmschrei veranlaßt. Er sei dann in ein Erdloch gebracht worden, worin er 20 Grad Kälte gemessen und zwei Stunden an dem einen Baum hätte kaum gesundheitschädlich wirken können. Die Mißhandlung gegen Helmhake und seine Mißhandlung beschränkt der Angeklagte.

Ueber den Fall Thomas sagt Giller aus, daß der Zugführer den Mann zu ihm gebracht habe, weil er zu sehr krank war. Die Wunde sei verheilt gewesen und der Tod von einigen Tagen befand sich in den Hosen des Mannes. Als abgehendes Beispiel sei der Mann den anderen Leuten in der Kompanie gezeigt worden. Aus die Hosen seien dem Mann ausgezogen worden.

Auf den Studenten Müller entfällt sich der Angeklagte nicht. Er glaubt, daß ein Student in seinem Unterstand beschrieb. An Mißhandlungen seiner Untergebenen will sich der Angeklagte nicht erinnern.

Zu weiteren Belegen der Vernehmung stellte der Anklagebetreiber ausführlich fest, daß der Angeklagte wesentlich von den früheren gemachten Angaben abweicht. Oberst Graf von der Schulenburg stellt dem Angeklagten ein gutes Zeugnis aus. Ebenfalls Adjutant von Samanik von Mißhandlungen Unterweber ist ihnen nichts bekannt.

Assistenzarzt Dr. Müller bezeichnet den Angeklagten als Affektstörten und leicht reizbaren Menschen. Er leide an Dämmerwahn und ihm ist nicht bekannt, daß bestrafte Soldaten vor Verbüßung der Strafe, trotz Vorweisung, ihm vorgeführt worden sind. Im allgemeinen wurde sehr viel bestraft. Die hygienischen Verhältnisse waren sehr mangelhaft.

Stabsarzt Rowald bestätigt im wesentlichen die Aussagen des Dr. Müller. Er haben damals Ruhr und Typhus grassiert. Essen war schlecht. Die Leute hausten in nassen Löchern, deswegen war der Gesundheitszustand der Leute sehr schlecht. Die Leiden wurden nicht völlig gestillt.

Der Kompanie-Feldwachtmeister des Angeklagten Tempel, sagt aus, daß der Angeklagte sorgsam bestraft war, die Dignität aufrecht zu erhalten.

Leutnant der Res. Müller hat gesehen, daß Giller einen Soldaten geschlagen hat. Thomas sei den Leuten einen warmenden Beispiel gesetzt worden. Auf das kranke Aussehen und den glänzenden Witz des Enghäutigen Müller, hatte der Zeuge den Angeklagten aufmerksam gemacht.

Leutnant der Res. Schlager sagte aus, daß die Leute fast alle krank und verkommen gewesen seien. Verschiedene waren früh gestorben, ehen dann nichts mehr, wurden apathisch und starben nach einigen Stunden. Giller habe hauptsächlich von den Leuten verlangt, was von oben befohlen worden war, das war für die Leute jedoch entschieden zu viel. Der Angeklagte war in vielen Sachen nach zurechnungslos.

Leutnant der Res. Reinhold legt einen Brief des Angeklagten vor, in dem dieser schreibt, daß er lauter krumme und unausgebildete Leute habe. Er kam sich vor, wie bei Vorleser eines Invalidentheaters.

Der Zeuge Berliner bezeugt in seinen Aussagen den Angeklagten schwer. Er hat gesehen, daß Giller den angeklagten Helmhake ins Gefäß geschleift hat. Der Arrestantstand in den Helmhake gebracht worden war war ein Erdloch, und wegen Feuchtigkeit von einer Gruppe Soldaten aufgeben worden. Es lagen schmutzige Wässer, alle mit Kot gefüllte Wässer in diesem, weiter war er von Mannschaften zur Entleerung benutzt worden. Der Zeuge hat vor diesem Erdloch und gibt an, daß Helmhake sehr krank war. Als er zu sehr kränke und wimmerte, hat er trotz des Wehleid, daß Helmhake nichts zu essen und trinken bekommen wollte, diesem einen Schneebal an die Lippen gedrückt. Der Zeuge Helmhake nichts zu geben konnte von Giller und war Wehleid, diesem einen Schneebal an die Lippen gedrückt. Anderswärts vom Gruppenführer überbracht worden, wurde auf dem Unterstand konnte Helmhake nicht mehr stehen, wurde auf dem Unterstand geschleift und der Angeklagte rief: „Das Mistloch vertritt sich ja nur, trete ich doch in den A. — — —“ und mit trepiert, trete ich doch in den A. — — —“ und mit diesen Worten trat Giller dem Kranken ins Gefäß.

Der Zeuge Richter sagte Helmhake angeklagten bei 20 Grad Kälte. Er sei geschlagen wurde, weil er nicht das Arrestloch sei eine verlassene, vermoderte Erdhöhle gewesen. Er behauptet, dem Helmhake nichts zu geben, der

Zeuge sah weiter, wie Giller auf dem Vormarsch einen Mann geschlagen hatte. Er war weiter mit Thomas auf Feldwache, habe sich krank gemeldet, sei aber nicht dem Arzt vorgeführt worden. Er, der Zeuge, habe Thomas angetan, sich nochmals krank zu melden. Es war im übrigen kaum ein Soldat vorhanden, der sich nicht die Hosen vollgemacht hatte.

Ein Zeigener (Kriegsgerichtsrat) fragt, warum der Zeuge erst jetzt diese Aussagen mache und nicht damals sich beschwert habe.

Zeuge: Dann wäre es mir genau so ergangen wie Helmhake.

Reisiger: Wieso?
Zeuge: Jawohl, man hätte mich auf Feldwache geschickt und unter Umständen erstickern lassen. Der Zeuge führt weiter aus, daß er bei der Vernehmung nicht alles hätte sagen können, denn Kriegsgerichtsrat Weber (Anklagebetreiber) habe gesagt: „Fassen sie sich kurz, ich habe nicht viel Zeit!“

Der Zeuge Salberg sah, wie Helmhake angeklagten wurde. Er hatte gebittet, daß er nicht zu sehr gebunden würde. Es geschah trotzdem, und das bei sehr harter Kälte. Helmhake schimpfte deswegen. Der herbeigeholte Giller habe ihn dann beschimpft: „Du Aus, du Schweini!“ Als dem Zeugen vorgehalten wurde, daß es wohl der Major gewesen sein könnte, gab der Zeuge die Möglichkeit zu. Der Zeuge sah ebenfalls, daß der Angeklagte Helmhake getreten hat. Weiter habe Giller seinen Püschel mit dem Gewehr über die Schulter geschlagen, daß der Kolben abbrach. Püschel habe es ihm erzählt wie seine blaue Schärpe geehrt. Püschel wollte sich nicht krank melden aus Angst vor Unannehmlichkeiten.

Der Zeuge Radke berichtet über die Mißhandlung eines Soldaten durch Giller, weil er Brot von Einwohnern eines Dorfes genommen habe. Ein Unteroffizier Sells wurde ebenfalls von dem Angeklagten geschleift, wegen Abgabe einer unrichtigen Meldung. Krankmeldungen war so gut wie ausgeschlossen. Giller habe gesagt, in seiner Kompanie gäbe es keine Kranke, sondern nur Tote und Vermundete.

Gefr. Schneider gibt an, daß er von Giller mit der Keipfeische geschlagen worden sei, weil er krank sei.

Georgian Kaiser, in Frankfurt a. M. vernommen, sagt aus: Er war in ein Erdloch mit Soldaten davor getrieben worden. Als Helmhake in das Loch hineingekommen sei, sei Doppelpfeife aufgestellt worden. In dem Erdloch stand das Wasser. Weber Zeuge nach Helmhake hätten etwas zu essen bekommen. Der Zeuge schickte sich aus dem Loch und besorgte sich Essen und brachte auch Helmhake etwas. Dieser habe nicht mehr essen können. Helmhake jammerte und schrie und hatte Angst vor dem Angeklagten, der ihm das Gesicht angedrückt hatte. Der Zeuge hat die Mißhandlungen des Angeklagten gehört und gesehen, daß er nach Helmhake trat. Als Helmhake sich nicht mehr rührte, wurde dies von dem Zeugen einem Unteroffizier gemeldet. Der Zeuge sah weiter die Mißhandlung eines Unteroffiziers. Außerdem habe der Angeklagte einen Soldaten festbinden lassen, trotzdem Feuer auf der Stellung lag.

Reinhold Müller sagt schriftlich aus, daß er, weil er sich beim Essenbecken verirrt habe, von Giller mit Erschießen bedroht worden wäre. Er sei dann auf Befehl des Angeklagten an einem Pfahl auf der Wehwehr festgebunden worden, nachdem der Pfahl nur 100 Meter entfernt lag.

Richterfelde ergänzt seine Aussagen dahin, daß Gefreiter Kühn gesagt habe, als Helmhake tot war, der Angeklagte hätte verlangt, daß Giller, Helmhake hätte zu essen bekommen. Die Leute wären damit nicht einverstanden gewesen. Auf weitere Zeugenaussagen wurde durch Gerichtsbeschluss Abstand verhängt.

In seinem Plädoyer läßt der Anklagebetreiber die Schuldfrage nach § 123 (Körperverletzung mit Tod im Gefolge) fallen. Anders ließe es mit den Mißhandlungen. Der Angeklagte hätte dafür sorgen müssen, daß Helmhake regelmäßig zu essen bekommen hätte. Der Richter sei nachgeritten. Im Falle Thomas sei keine Mißhandlung nachweisbar. Weiter sei festgestellt, daß zwei weitere Leute geschlagen worden seien. Nach teilweise recht eigenartigen Ausführungen beantragt der Anklagebetreiber eine Gesamtschuldhaft von 1 Jahr Festungshaft. Zu Ehrenstrafen sei kein Anlaß vorhanden. Von Dienstentlassung soll Abstand genommen werden.

Der Rechtsanwalt Hirschfeld, der mit dem Rechtsanwalt Menart die Verteidigung des Angeklagten übernommen hatte, führte aus, daß er ein großer Verehrer und Gönner des Kriegsgerichts sei, wegen der bei diesen Gerichten herrschenden Objektivität (1), die vorzüglich für die anderen Gerichte sein müßte. Die Schreier der Strafe riefen nach Gerechtigkeit und ihr solle auch Genüge geschehen, aber nicht zu Ungunsten des Angeklagten und nicht im Interesse der Leute, die den Kampf gegen den verhassten Militarismus in das Gerichtszimmer tragen wollten. Auf Grund geschlüssiger Auseinandersetzungen dürfe die Ehre Gillers nicht vernichtet werden. Die meisten Mißhandlungen seien nicht nachzuweisen und die Aussagen des Zeugen enthielten die Möglichkeit, daß sich dieser Zeuge irre.

Das Gericht verkündete nach einstündiger Beratung, daß sich lediglich Mißhandlungen zweier Untergebenen nachweisen ließen. Der Angeklagte wird deshalb zu einer Gesamtschuldhaft von 7 Wochen Festungshaft verurteilt. Innerhalb 8 Tagen kann der Angeklagte Berufung einlegen.

Der Ausgang dieses Prozesses überläßt uns nicht. Wir, die wir den Geist und die Methoden des deutschen Militarismus kennen, haben uns keinen Augenblick dem Wahn hingeeben, daß von einem Militärgericht eine Sühne dieses Verbrechens zu erwarten sei. Denn die Tat des Oberleutnants Giller ist keine vereinzelte Ausschreitung eines besonders mordlustigen Offiziers, sondern das Ergebnis der unumwundenen Befehlsgewalt, die der Vorgesetzte über die Untergebenen ausüben konnte. Sie gestattete, unterstützt von einem nur auf dem Papier stehenden Besatzungsverbot, daß die Offiziere die kraftvollsten Ausschreitungen ihrer Ohnedies fast unbegrenzten Befugnisse, ausüben konnten.

Wenn es noch irgend eines Beweises für diese Tatsache bedürfte hätte so hat ihn dieser Prozeß erbracht. Schon im Frieden haben die Soldatenmißhandlungen stets eine außerordentlich milde Beurteilung durch ihre über solche Vergehen urteilenden Standesgenossen in den Militärgerichten erfahren. Nirgends hat sich die Solidarität der herrschenden Klassen so gut bewährt, wie in diesen Fällen, in denen es galt, die krankhafte Ausnutzung überkommener Rechte nachträglich zu rechtfertigen. Der Krieg hat an diesen Umständen ebensowenig etwas geändert, wie er die Soldatenmißhandlungen zu befehlen veranlaßt hat. Soldatenmißhandlungen waren zu jeder Zeit ein unzertrennlicher Bestandteil des deutschen Militarismus.

Aber selbst unter diesen Gesichtspunkten fordert das Urteil des Militärgerichts zum allerhöchsten Pro-

zess heraus. Wenn die Urteilsbegründung meint, daß die Beweisausnahme nichts dafür ergeben habe, daß d. n. Angeklagte Giller am Tode Helmhakes irgendeine Schuld treffe, so schreibt sie ohne Grund die ganz genauen und bestimmten gegenteiligen Aussagen der Zeugen Berliner und Maier vollkommen beiseite. Beide haben, wie auch der Anklagebetreiber betonte, mit absoluter Bestimmtheit unter ihrem Eid bekundet, daß Helmhake von Giller mißhandelt worden sei. Gleichgültig, ob dadurch der Tod Helmhakes veranlaßt oder nur beschleunigt worden ist, die subjektive Schuld Gillers ist nicht aus der Welt zu schaffen. Sie bleibt auch dann bestehen, wenn der Befehl zur Arrestvollstreckung durch den Major gegeben worden ist. Denn dieser Befehl ist durch Giller auf das grausamste veranschärft worden.

Das Charakteristische an der Urteilsbegründung ist aber die Tatsache, daß Giller, der für die schwere Mißhandlung Helmhakes straflos ausgeht, wegen der viel leichteren eines Unteroffiziers bestraft wird. Die Ursache dafür gibt die Urteilsbegründung selbst an. Der Angeklagte hat nämlich in diesem Falle die „Autorität der Unteroffiziere schwer geschädigt“. Dieses „Verbrechen“ muß geahndet werden, der Tod eines einfachen Soldaten bleibt ungeahndet.

Das ist die Frucht der Militärjustiz, für deren Aufrechterhaltung Herr Rasch mit aller Kraft gekämpft hat und wohl auch weiter kämpfen wird, unterstützt von seinen Freunden.

Der Sechstendertag im Bergbau.

In einer Konferenz über die Frage der Sechstendertage, die vom Vorstand des alten Bergarbeiterverbandes mit den Sechsbetriebsräten des Ruhrbezirks abgehalten wurde, wurde betont, daß der gegenwärtige Zeitpunkt wegen der außerordentlich großen Notwendigkeit und der durch sie bedingten Betriebsbeeinträchtigungen für die Schichtverlängerung außerordentlich ungünstig sei, wenngleich die baldige Einführung der Sechstendertage sehr erwünscht wäre. Es wurde mit 20 gegen 10 Stimmen folgende Entschlossenheit angenommen:

„Die Konferenz der Vertreter der Sechsbetriebsräte des Ruhrbezirks anerkennt den einstimmig gefassten Beschluß der Wirtschaftlichen Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes vom Juni 1919, wonach die Verwirklichung der internationalen Vereinbarung über Sechstendertage durch internationale Vereinbarungen herbeigeführt werden muß und fordert die Vertreter der ausländischen Bergarbeiter dringend auf, so schnell wie möglich mit den deutschen Bergarbeitern zusammenzukommen, um über die Verwirklichung der Sechstendertage Beschluß zu fassen.“

Ferner wurde beschlossen, bei den bevorstehenden neuen Tarifverhandlungen mit Rücksicht auf die starke Verknappung der Lebensmittel eine erhebliche Verbesserung des Bergarbeiterlohns zu fordern.

Bergmannswohnstätten.

Das Reichskabinett hat in seiner Sitzung vom 22. Dezember beschlossen, zum Bau von Bergarbeiterwohnstätten besondere Mittel zur Verfügung zu stellen, die aus einer Abgabe von der gefördertsten Kohle aufgebracht werden sollen. Voraussetzung für die Unterstützung aus öffentlichen Mitteln ist die Trennung von Arbeits- und Wohnverhältnis. Soweit daher die Wohnungen nicht von vornherein durch gemeinsame Bauvereinigungen errichtet werden, müssen sie nach Fertigstellung solchen Genossenschaften oder Gesellschaften zum Eigentum übertragen werden. Die Verteilung der Mittel soll unter Beteiligung von Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber umgehend erfolgen, so daß mit dem Bau der Wohnungen begonnen werden kann, sobald es die Jahreszeit zuläßt. Sobald die näheren Bestimmungen vorliegen, werden wir auf die Angelegenheit zurückkommen.

Kapitalerhöhung bei der Ludw. Löwe u. Co.

In der außerordentlichen Generalversammlung der Ludw. Löwe u. Co. u. Co. wurde eine Erhöhung des Grundkapitals um 5 Millionen auf 15 Millionen Mark beschlossen. Die jungen Aktien werden zum Kurse von 135 Prozent im Verhältnis von zwei alten zu einer neuen Aktie ausgeben. Da der Kurs der Aktien gegenwärtig 275 ist, so müssen die gegenwärtigen Aktionäre bei der Erhöhung des Aktienkapitals erst recht gutes Geschick haben. Die Auszahlung des Unternehmens wurde mitgeteilt, daß das verlorene Jahr für die Fabrikation nicht sehr günstig gewesen sei. Trotzdem werde die Gesellschaft in der Lage sein, eine, wenn auch gegen das Vorjahr verringerte Dividende (1. B. 20 Prozent) im Vorjahr zu bringen. In den letzten Monaten habe sich der Eingang an Aufträgen wesentlich verbessert, so daß für das nächste Geschäftsjahr, wenn keine unvorhergesehenen störenden Ereignisse eintreten sollten, mit einer Verbesserung zu rechnen sei.

36 Mark für einen Mantel — 15 Mark für ein Paar Stiefel.

Wollen Freunde werden unsere Leser fragen, wo man denn heute solche Schätze für so billiges Geld erhalten kann. Nun, diese Verrechnung hat das Bekleidungsamt des Gardekorps aufgestellt, doch leider gibt es nicht etwa für jene Summe die besten Kleidungsstücke her. Umgekehrt wird ein Schuh draus heimgeschickt deutschen Kriegesgefangenen, die bei dem betreffenden Bekleidungsamt ihre Entlassungsbekleidung holen wollen, werden zur Auswahl eine ganz geringe Anzahl elender Stiefel vorgelegt. Wer die nicht nehmen will, oder wenn sie, was meist der Fall ist, nicht passen, erhält dafür 15 Mark. Mantel sind überhaupt nicht da, sondern den Betroffenen wird gesagt, er muß entweder 36 Mark annehmen oder unbestimmte Zeit warten, bis neue Mäntel angekommen sind. Eine trostreiche Antwort für die jetzigen Winterstage. — Wenn die militärischen Stellen nicht fähig sind, genügende Entlassungsbekleidung für die heimkehrenden Kriegesgefangenen heranzuschaffen, so haben sie zum mindesten die Pflicht, den Leuten solche Summen auszugeben, für die sie die entsprechenden Kleidungsstücke sich heute auch anschaffen können. Für 15 Mark kann man heute kein Paar Stiefel, sondern höchstens fünf oder sechs Schuhbänder kaufen.

Die Buchhandlung der „Freiheit“

Befindet sich jetzt Breite Straße 8-9.

**Theater und
Vorstellungen.**

Volksbühne
Theater am Döllnplatz
7 Uhr: **Freitag im Lützow**
Mittw. 6 Uhr: **Sitz von Friedrich**

Opernhaus
6 1/2 Uhr:
Margarete

Schauspielhaus
6 1/2 Uhr:
Wilhelm Tell

Deutsches Theater
6 1/2 Uhr: **Faust I.**

Kammerspiele
7 Uhr: **Advent**
Größtes Schauspielhaus

Carl Weinhard — Entf. Bernauer
Theater 1. u. 2.

Rönngräber Straße
7 Uhr: **Ein Trauerspiel**
Silv. 7 1/2 Uhr: **Kameraden**
Neujahr nachm.: **Erde St.**

Komödienhaus
10 Uhr: **Lisclott v. d. Pfalz**
Silvester 7 Uhr: **„Sie“**
Neujahr: **„Sie“**
Freitag: **„Sie“**

Berliner Theater
11 1/2 Uhr: **Bummel-
Studenten**

Lessing-Theater
Direktion: Viktor Barnowsky

7 1/2 Uhr: **Pygmalion**
Mittw. 7 1/2 Uhr: **Pygmalion**
Donn. 3 Uhr: **Der rote Hahn**
7 1/2 Uhr: **Pygmalion**

Deutscher Kunst-Theater
7 1/2 Uhr: **Cyprienne**

Residenz-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Evenen Humbrecht

Mittwoch 4 Uhr: **Rothkäppchen**
Donnerst. 4 Uhr: **Der gute Rat**

Trianon-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Maskerade

Mittw. 4 Uhr: **Schneewittchen**
Donnerstag 4 Uhr: **Die Hühner**

Waihalla-Theater
7 1/2 Uhr: **Am goldenen Horn**
Mittw. 3 1/2 Uhr: **Schneewittchen**

Rose-Theater
Zum 1. Male!
7 1/2 Uhr: **Die Bräutigamlerin**

Casino-Theater
Lehrter Str. 47. Täglich 8 1/2 Uhr
Der Schläger der Spielzeit

Schniepers Lene
Berliner Volkstück in 3 Akte.
Vorher erste Spezialitäten
Am 1. und 4. Januar 3. Uhr:
„Proles Fest“

Neues Operettenhaus
Direktor: Jean Kren
Allabendlich 7 Uhr 30 Min.:

Die Dame vom Circus

Apollo-Theater
Friedrichstr. 218.
Allabendlich
Sonntags 3 1/2 u. 7 1/2

**Unabwärtliches
Varieté-Programm!**

Wintergarten.
Täglich 7 1/2 Uhr
Varietévorstellung
Paradies verstaatet

**Schaubühne
Moritzplatz**
früher Bogenhagen

Die großen RINGKÄMPFE
um alle Welterschaffen

Gesamtpreise 15000 Mk.
**Heulige
Kampfpaaire**
siehe Anschlagtafel

Vorher außerdem ein
Klassik-Varieté-Program.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Circus Busch
Täglich 7 1/2 Uhr
Das gr. Circus-Program.
Zum Tragik. Pantom.
Schluß: „Approche“
Neul. 3 1/2 „Aschenbrödel“
1. eigenes Kind frei.

**Große Silvesterfeier im Lehrervereinshaus
mit großem Silvesterball
3. heiterer Abend**

Vorher das Riesen-Silvesterprogramm. Alles Nähere im Vorverkauf von 10 bis 7 Uhr.
G. Wadzewski, Konigstr. 20-21. Telefon: Zentrum 5432 und 5327.

Theater am Metzer Tor
Tel.: Moritzplatz 14514.
Tägl. 7 1/2 und Sonntag
nachm. 3 Uhr:
Elite-Sänger
9 ehem. Mitgl. der
Berliner Säng. u.
Blüthen-Lieder
Vorv. 11 1/2 u. 4-6 U.

Eisbahn!
Heute, Eröffnung
der Eisbahn im
Paradies-Garten
155 Landsberger Allee 155
(Selbige wird an Interessen-
ten weiterverpachtet.)

„Frisch auf“
Alle Sportbegeisterten vom Arb-
R.-B. „Solidarität“, alle
Sangesbrüder von „Lieder-
tisch“ laden zur

Silvesterfeier
freudlichst ein
**Herm. Bülow u. Frau
Wilhelmshof**
Bahnhof Hirschgarten.

**Punsch, Rum,
Kognak**
für das Neujahrstfest
empfiehlt
F.P.A. Ruffmann,
Berlin S 14
Königstr. 55

**Politische
Couplets**
Lieder und Gesangsstücke
Theaterstücke
Preisliste 274 verlangen.
Rich. Lipinski, Leipzig,
Königstr. 22. Fernruf 2309.

**Englische
Zigaretten**
Marken, Vorrat, billigst
Hopp, Alexanderstr. 71
neben Tietz-Passat.

Einzelverkauf
wie alljährlich
preiswertestes Angebot
in
Kragen, Muffen und
Pelzhüten, Fuchsbälgen,
Taschen in großer Aus-
wahl. — Reparaturen
prompt und billig.
Ad. Aua-Amseln Nachtig.
26' Neue Königstraße 26'

**Facharzt
Dr. Meyenberg**
für
Geschlechtsleid.
11-1, 5-7
Potsdamer Str. 27 b.
Damenzimmer.

**Kostenlose Rechtsaus-
weise, Chasachen, Stralsachen,
Gerichtsverordnungen, Dienst-
tag — Freitag 4-7 Uhr, Ge-
richtstraße 51.**

**Auf
Kredit
Möbel**
Wohnungs-Einrichtungen
sow. einzel. Möbelstücke
zu billigen Preisen.
Kleinste Anzahlung
Bequemste Abzahlg.
Größte Rückzahlg.

A. Stein
Oranienstraße 1
Kochstraße
Berliner

**MARMOR
HAUS** **THEATER
AM
MORITZPLATZ**

**Der grosse Sensationsfilm
ALKOHOL**
6 Akte aus dem Artistenleben
von Alfred Lind.
Regie: E. A. Dupont.
Einlass: 630 u. 830

Gold In Jeder Form und Menge
auch **Zähne** **kaufen**

Platin für hohen
Preis!

Silber

J. Weinstock & Co.
Mohrenstr. 16
an d. Bbl. Traktstraße.

Alexanderstraße 14a, Charlotten-
burg, Stuttgarter Platz 5, Tauten-
zienstraße 6, Schöneberg, Grune-
waldstraße 15, Köpenicker Damm 24.
Achtung! Kein Laden!
Geöffnet von 9-6 Uhr.

Prozesse, Rat, Beistand, mit Preis, Teilzahlung
Alexanderstr. 45. **Alexanderstr. 45.**
Landgericht, an Dr. v. Kirchbach,
Gesellsch. leg. Teil 5-7. U. 2. Erlaube.
Beobacht., Mitw. nachm. Juristen, Beamt. 12-12 Verurteilungen!

**STRASSENHÄNDLER
SPEDITEURE**

Die freie Welt gelangt am Dienstag nach-
mittag dort zur Ausgabe

Die freie Welt gelangt am Dienstag nach-
mittag dort zur Ausgabe

Die Buchhandlung der „Freiheit“ befindet sich jetzt
BREITE STRASSE 8-9

Joseph Berger & Co., Oranienstrasse 166.
Größtes Musikinstrumenten-Spezialhaus Berlins
Flügel, Pianos, Harmoniums auch mit eingebauten
Spielapparaten.
(ohne Notenkenntnisse sofort spielbar), neu und gebraucht.
Eingespielte Violinen, Mandolinen, Cello, Gitarren, Lauten, sowie alle Streich- und Zupf-
instrumente, Zithern mit Unterlegnoten, Konzertzithern, Bandolien, Hand- und Mund-
harmonikas, Noten für alle Instrumente in grosser Auswahl, Saiten, Utensilien etc.
Umtausch u. Ankauf aller Instrumente. Reparatur und Aufarbeitung
von Pianos, Flügeln etc.

Alte Gebisse
Kein gewöhnlicher Platinzahn unter M. 8.—
Platin, Gramm M. 131.— (nicht bis)
Besser verarb. Zähne, Drahtzähne u. ohne Platin-Gewicht!
Stets höchstmahlend!
Ankauf: Berlin W, Krausenstr. 56/58, Zimmer 1 (Hotel).
Täglich 10-6 Uhr. Vorher, Berlin.
(Sonntags, den 27. Dezember kein Ankauf!)

Möbel
Nischenlager in 4 Etagen!
Moderne Speisezimmer
Schlafzimmer
Herrenzimmer
Wohnzimmer Küchen
Lieferung frei Haus
Auf Wunsch T. Handlung!
**Möbel-Haus
A. DAMITT**
Rosenthaler Str. 46-47

Briefmarken, Münzen
kauft Grossmann, Johannisstr. 4
Norden 10 624.

A. Wertheim
Leipziger Str. Königstr. Rosenthaler Str. Moritzplatz

**Freitag,
den 2. Januar**

bleiben unsere Häuser
wegen Inventur

**bis 3 Uhr
geschlossen**

Heute neu **Preis 15 Pf.**
**Karl Schneidts Wochenschrift
Die Tribüne**
Die Ausgabe erfolgt ab 12 Uhr bei allen
Großisten und im unterzeichneten Verlag
Tribüne-Verlag, Nähe Friedrichstraße

Platin! Linke! Platin!
Platinzähne nicht 7.— Mark
Alte Gebisse, Edelmetalle kaufen
Platin-Großhandlung Witwe Emma Linke
Berlin, Blücherstr. 40, v. H. Invalidenstr. 10
vormals Robert Linke (gr. 1903)

Spezial-Behandlung
v. Geschlechts, Ha- u. Harn-, Frauenleiden, spez. vererbte,
hartnäckige Hautleiden, nerv. Schwäche, Salvarsan-Kuren,
Urin- und Blutuntersuchung, Licht- und Finstern.-Behandlung,
Scharf, sicher, ohne Barbiturate, Opiate, Morphin,
Zimmer für Damen und Herren. **Aerztliche Heilanstalt**
Löser, Münzstr. 9, nahe Alexanderstr.

Spezial-Arzt für Geschlechts-, Haut-, Harn-,
Frauenleiden, speziell vererbte,
hartnäckige Hautleiden, Ausschlag, Salvarsan-Kuren,
Urin- und Blutuntersuchung. — — — Separates Damenzimmer
Erste und beste Heil-Anstalt **Löser**
Dir.: Löser senior, Dr. Schmidt
nahe Rosenthaler Straße 69-70, Ecke Lützowstr.

Meine großer Möbel-Läger
mit Spezialimmern, Cervenzimmern, Schlaf-
zimmern, Vorders- u. Bodentisch-Garnituren, Büchertische,
Tischensets, Stühle, Verfüge, komplette
Stücheneinrichtungen usw. Alles zu billigen
Preisen! In der Brunnenstr. Nr. 7, 8 u. 10.
nahe Reichshaus Platz, Str.

Möbel-Lechner **Spezial-Verkauf**
Geöffnet von 8-6.

Zähne mit echtem Friedenskau-
schuk von 3 Mark an.
Teilzahl. Zahnziehen m. Einsor. fast völlig schmerzlos.
Umarbeitung schlechter Gebisse. Reparaturen sofort.
Zahn-Arzt Wolf, Potsdamer Str. 55
Hochhaus Gölzowstr. Telefon Kurfürst 9764.

Spezialbehandlung
für Haut- und Geschlechtsleiden
C. Weissert, Invalidenstr. 10
1. Etage, Ecke Lützowstr.
Viele Jahre in Krankenhäusern u. Kliniken tätig gewesener
Kostenlose Untersuchung und Beratung
sachgemäße Behandlung
Sprechstunden 10-12 und 4-8, Sonntags 10-12

Platinzähne nicht 8,00 Mk.
unter
Alte Gebisse, Goldsachen, Silbersachen, Münzen in Gold und Silber
Platina-Überpreise
zahlt
Frau Knuth, Zionskirchstraße 54.

Botenfrauen stellt ein:
Speziation: Bartsch, Tempelhof, Werder Str. 20.
Gerhard, Karlshorst, Aug.-Viktoriastr. 10.
Losch, Niederschönhausen, Kaiserweg 10.
Hackbarth, Michaelkirchplatz 2.
Wenzels, Cöllner Str. 11.
Lode, Markusstr. 21.
Girschner, Glitschiner Straße 92.
Wutzky, Johannisstr. 9.
Werner, Gredtswalder Str. 29.
Kreutz, Friedrichshagen, Viktoriastr. 16a.

Vereinigung der Rechtsfreunde
Berlin N 24, Friedrichstraße 127, nahe Karlstraße
die Rechtsanwaltschaft d. großen Publikums!
Prax. Substanz — Sprechzeit 9-8 Uhr.
Bisher gegen 120 000 Ratsuchende.

Möbel auf Kredit
Kleinste Anzahlung. — Bequemste
Abzahlung. — Größte Rückzahlg.
Einzelne Möbel werden bereitwillig abgegeben.
Bei Bezahlung bedeutende Preisermäßigung.
M. Landwehr,
Müllerstraße 7, Ecke T. 1000
Kriegsanleihe nehme in Zahlung.
Liere auch nach auswärts

Isolierte Kupferleitungen
und blanko kauft ständig jeden Posten gegen Kasse
Elektromotoren jeder Größe und Spannung.
Bauer, W35, Schöneberger Ufer 33
Lützow 9856.

Vor Verkauf von
**Quecksilber und
Silbernitrat (Höllenstein)**
scharf, zahl konkurrenzlose Preise
Metallkontor, Alte Jakobstr.
Ecke Hollmannstr. (am Halleschen Tor)

Gewerkschaftliches.

Schweizer Arbeiter gegen die Neutralität der Gewerkschaften.

Sach in der Schweiz werden die Gewerkschaften allmählich durch die wirtschaftliche Situation und die wachsende Radikalisierung der Arbeitermassen gezwungen, aus ihrer parteipolitischen Neutralität herauszutreten. Wie das Zürcher Volksrecht

Zur Lohnbewegung in den Wach- und Schließgesellschaften.

Die Verhandlungen mit dem Verband der Schließ- und Wachgesellschaften der Grundbesitzervereine können vorläufig als gescheitert betrachtet werden. Die Unternehmer erklärten, vor Mitte Februar keine Verhandlungen einzutreten zu können, da erst der Erfolg

Die Unternehmer, welche dem Verband der Wach- und Schließgesellschaften (Ständer Verband) angehören, haben sich im Laufe der Verhandlungen bereit erklärt, 40-50 M. auf den bestehenden Tarif ab 1. Januar an zu gewähren. Dieselben haben sich auch zu weiteren Verhandlungen bereitgefunden.

In einer von mehr als 2000 Wachangestellten besuchten Versammlung wurde das Verhalten der Unternehmer einer scharfen Kritik unterzogen und die Zulagen der anderen Gesellschaften in Betracht der immer mehr und mehr steigenden Teuerung als gänzlich unzureichend erklärt. Fast alle Redner traten dafür ein, scharf zu treten, was lebhaften Beifall in der Versammlung

Eine Unversämtheit nennt der „Vorwärts“ unseren Artikel in der Montag-Morgensnummer, der sich mit dem Ausfall der Gewerkschaften der Berliner Buchdrucker befaßt. Nun, wir haben von dem Artikel, der in objektiver Weise die Dinge schildert, wie sie sind, nichts zurückzunehmen. Wir wissen nämlich auch, daß der jetzige Gewerkschaftsredakteur des „Vorwärts“ früher über die Buchdrucker ein nach viel schärferes Urteil fällte, als wir es jetzt tun. Nun er aber eine Politik vertreten muß, die ihm früher zuwider war, nimmt er sich der braven Rinde an und hegt sie auf uns, die wir ihnen einmal die Wahrheit gesagt haben. Das läßt uns jedoch ebenso kalt wie das übige Gerede, das der „Vorwärts“ an unseren Artikel anknüpft. Unfruchtbarere Polemiken zu führen haben wir keine Lust und keinen Raum.

Eine kleine Ergänzung zu dem Artikel „Gewerkschaft in den Reichsbetrieben“ in Nr. 629 der „Freiheit“ gibt ein Leser in folgender Beschrift an uns: „Bin in Spandau tätig und kann noch eine Sache zum Besten geben. Es besteht dort eine Einschulbahn, die dort die Wagen labortest tangiert; es sind in einem Monat nicht weniger als 11000 Mark Standgelder an die Staatsbahn gezahlt worden. Die Verwaltung hat mit einer Firma eine Holzlieferung abgeschlossen; nun sind durchschnittlich täglich 3 bis 4 Waggons geladen, die Organisation ist aber so schlecht, daß verschiedene Waggons nicht entladen wurden. Dadurch sind pro Wagon 800 M., 1000 M. und darüber an Standgeldern entstanden. Ist das produktive Arbeit?“

Was sagt das Reichsfinanzministerium dazu? Siemens-Kleinbau. Auszahlung der Waghregelungunterstützung heute Dienstag pünktlich 10 Uhr in der Linienstraße 88-85 im Arbeitslosenjaal.

D. W. J. Angestellter. Sämtliche unorganisierten, ausgesperrten Kollegen und Kolleginnen am Dienstag, den 30. Dezember, vormittags 10 Uhr, Linienstr. 193 bei Weilemann.

Groß-Berlin.

Um den Straßenbahntarif.

Der im Absterben begriffene Hooberband mußte gestern Stellung nehmen zur Tariffage der Straßenbahn. Er beschloß die Einführung der 30 Pfennigtarife zuzustimmen und die Ausgabe einer Sammelfarte für 2 Mark für 7 Fahrten.

Der Antrag, die Sammelfarte mit einer kleinen Preisermäßigung auszugeben, wurde von Herrn Hooberland aus finanziellen Gründen bekämpft. Er wollte eine Fünfmarkarte zu 1,50 Mark oder wenn die Zehnmarkarte zur Einführung kommen sollte, daß dann der Preis auf 2,10 Mark festgesetzt würde. In seiner Begründung wies er auf die finanzielle Lage des Betriebes hin, die im obgenannten Jahre zu einem Defizit von 16,8 Millionen geführt hätte. Dieses Defizit müsse gedeckt werden. Einer Ermäßigung des Jahrespreises bei der 2-Markkarte bräde aber eine Mindereinnahme von 8 Millionen mit sich. Vom Genossen Radtke wurde betont, daß man dem Publikum entgegenkommen müsse und Genosse Reid wies darauf hin, daß selbst ein Privatunternehmen dieses Defizit nicht in einem Jahre hereinholen könne, man müsse die Ladung auf eine Reihe von Jahren verteilen. Bei der Abstimmung stelen mit knapper Mehrheit die Hooberlandschen Anträge. Einem Antrag des Verbandsratschusses, die Ausgabe von Arbeiterwochenkarten nicht mehr an den Bahnhöfen, sondern auch durch Schaffner vorzunehmen, gab die Versammlung ihre Zustimmung. Ein zweiter Antrag, der Aufsichtsrat solle in Erwägung ziehen, ob nicht ein höherer Preis für Nachfahrten anständig sei, wurde mit 39 gegen 37 Stimmen abgelehnt, nachdem Genosse Reid dagegen eingewendet hatte, daß dadurch auch viele Arbeiter in bestimmten Betrieben, vor allem im Zeitungsgewerbe betroffen würden. In der Diskussion wurden verschiedene Anregungen gegeben, auf den Straßen durch geeignete Beamte, für geordnetere Abwicklung des Verkehrs zu sorgen.

Die Erhöhung der Abonnementspreise.

In welcher Folge steigen die Preise für die Zeitungen, die sich in Erhöhung der Abonnementspreise ausdrücken. Die vom 1. Januar 1920 eintretenden Erhöhungen sind in der Hauptkategorie von vor einigen Tagen festgesetzten höheren Papierpreisen zu danken.

Da kommen die Papierproduzenten her und beantragen bei den zuständigen Stellen egoistische Preis-erhöhungen, die sie ihnen zugebilligt und - Geschwindigkeit ist keine Hexerei - sofort in Kraft geht. Die Zeitungverleger haben gar keine Zeit, sich lange zu bestimmen, sie müssen einfach zahlen, sonst bekommen sie kein Papier und können keine Zeitung drucken. Sie haben gerade noch Zeit, den Zeitungslesern mitzuteilen, daß vom 1. Januar ab die Zeitung mehr kostet, und damit basta!

Für eine Zeitung, wie die unferige, die von der unheimlichsten Verdünnung geleitet wird, bedeuten diese ständig fast prinzipiell erfolgenden Preisverhöhungen eine schwere Schädigung, zumal unser Blatt nicht in eigener Truderei hergestellt wird. Wir können die plötzliche Mehr- ausgabe nur durch Umlegung auf die Abonnenden. Eine Zeitung, die einen großen Interessenten hat, wird in der Lage sein, die Interessenten stärker heranzuziehen. Wir sind aber Ökonomen gelehrt. Und wenn man auch die Interessentenpreise nicht erhöhen muß, so ist doch durch die Erhöhung des Abonnementspreises ein 50 Pfg. die uns zugewandte Materialpreisverhöhung bei weitem nicht gedeckt. Wenn diese Erhöhung weiter erweist, werden die

Zeitungen ihren Umfang und die Erscheinungsweise ernstlich prüfen müssen.

Wir sind angewiesen auf den Idealismus unserer Genossen. Bären wir noch Lage der Dinge gebüdet, den Parteigenossen früher die Sachlage zu unterbreiten, so sind wir daran unschuldig; sie hätten es denn in der Hand gehabt, selber zu entscheiden. Aber auch in diesem Falle hätte die Entscheidung nicht anders ausfallen können, wie sie jetzt ausgefallen ist. Unsere Genossen müssen alles daran setzen, damit die neue Preiserhöhung unserem Blatt und unserer Sache keinen Schaden zufügt. Das ist die Aufgabe, die uns erwächst.

An unsere Leser!

Wir machen darauf aufmerksam, daß die von den Speditoren zur Ausgabe gelangenden Quittungen für Januar zwar noch auf 4.- Mark lauten, aber mit 4,50 Mark einzulösen sind.

Kommunale Vertreterkonferenz U. S. V. D. Groß-Berlin.

Sonntag, den 3. Januar, nachmittags 5 Uhr, im Plenarsitzungsraum des Rathauses, Berlin, Eingang Königsstraße.

Tagesordnung: 1. Groß-Berliner Feuerfragen; Referent: Genosse Emanuel Warm. 2. Schulfragen Groß-Berlins; Referent: Genosse Dr. Löwenstein.

Es ist dringend erforderlich, daß jede Parteifraktion vertreten ist.

Der Kommunale Ausschuss.

J. A.: Dr. Kurt Rosenfeld, Hermann Weisse.

Winte für die Hausfrau.

In der neuesten Nummer der „Freien Welt“ befindet sich ein kleiner Artikel: „Winte für die Hausfrau“, der für alle Parteigenossinnen besonders in bezug auf das Sparen mit Kohle beim Heizen und Kochen wichtige Rat schläge enthält. Auch in den anderen Teilen des Heftes finden sich Beiträge, die für jede Leserin von Interesse sein werden. - Preis des Heftes, das bei allen Straßenhändlern zu haben ist: 25 Pf.

Was der letzte Schneefall der Stadt Berlin kostete. Nach einer Aufstellung der Straßenreinigungsverwaltung betragen die Aufwendungen - abgesehen von der Entschädigung an das ständige Personal der Straßenreinigungsverwaltung - an Löhnen für die eingestellten Hilfsarbeiter, von denen täglich durchschnittlich 3000 beschäftigt waren und die mit 2,00 Mark für die Stunde entlohnt wurden, insgesamt 1059 619,15 Mark. Die Höchstzahl der beschäftigten Arbeiter betrug an einem Tage 4723. Mehr Hilfsarbeiter konnten mit Rücksicht auf die vorhandenen Arbeitsgeräten nicht eingestellt werden. Die Abfuhrkosten für die Schneemengen beliefen sich auf 380 191 Mark. Dabei ist aber der größte Teil der Schneemassen von den Arbeitern selbst in kleinen Karren fortgeschafft worden. Hierzu kommen dann noch die Kosten für die Schneepflüge, die namentlich des Nachts in Tätigkeit waren und die 162 480 Mark erforderten. Die Gesamtkosten für die Schneebeseitigung betragen somit außer den Aufwendungen für das ständige Personal der Straßenreinigung 1 602 290 Mark.

Mit Rücksicht auf den Elckerverkehr wird am 31. dieses Monats der Betrieb auf den städtischen Straßenbahnen um 1 Stunde verlängert.

Die Versorgung Berlins mit Lebensmitteln und mit Kohlen hat durch den eingetretenen Frost eine starke Gefahr heraufbeschworen. Viele Löhne, die auf dem Wege nach Berlin sind, werden festgehalten und können infolge des Frostes und der Vereisung nicht weiter. Die Kohlenversorgung ist besonders gefährdet. Viele Leute in Berlin haben auf ihre Kohlenarten schon lange Kohlen nicht erhalten und frieren. Die Katastrophe wird erst, wenn nicht baldigt der Frost nachläßt.

Verkehrsbehörden. Aus den Reihen unserer Leser wird lebhaft Klage darüber geführt, daß es fast unmöglich ist, an Sonntagen die Angehörigen der Fernanstalt Herberge zu besuchen und durch abgeportete Lebensmittel die allzu schmale Kost etwas zu verbessern. Die Linie 71 besetzt zur Besuchszeit fast gar nicht, und die 68 verkehrt nur halbstündlich und ist ständig überfüllt. Es wird um dringende Abhilfe ersucht.

Der König und die Königin blieben stehen und überließen die Beiräte. Sie lächelten und grüßten, natürlich grüßten alle zurück, und die Beiräte knieten. Dann sagte Seine Majestät: „Ich hoffe, es geht allen gut?“ Und der Doktor rief die Oberkammerherren herbei, die kniend und lächelnd versicherten, alle erholten sich prächtig, worauf beide Majestäten erklärten, sie seien so froh. Die Königin schaute sich um, bewunderte einen völlig verbundenen Mann, trat an sein Bett und begann mit ihm zu sprechen. Der König durchschritt den Saal, bis plötzlich sein Blick auf die Honourable Beatrix fiel.

Sie stand gleich den anderen reglos auf ihrem Platz, doch sah Zinnie, wie der König lächelnd auf sie zutrat und fragte: „Wie geht's?“ Die junge Dame begrüßte ihn, als sei sie gewohnt, täglich mit Königen zusammenzukommen.

„Was machen Ihre Patienten?“ - fragte Seine Majestät.

„Es geht gut“ - entgegnete sie, und der König sagte, er sei so froh, als habe er nicht die gleichen Worte schon einmal gesprochen. Er blickte mit glühigen mürden Augen auf die Kranken, und die Honourable Beatrix mußte es mit weiblicher Geduldigkeit zu eingurichten, daß seine Augen auf ihrem Liebespatienten halten blieben. Sie mußte, der König werde mit allen der Leute reden, und durch eine unmerkliche Bewegung lockte sie ihn zu Zinnies Diggis Bett.

„Wie heißen Sie?“ - frante der König, und dann - „Nun, Higgins, wie fühlen Sie sich?“

„Ganz wohl; ich möchte aufstehen, aber sie läßt mich nicht.“ „Ja“ - meinte Seine Majestät - „früher waren die Könige Tyrannen, jetzt sind es die Pflegerinnen.“ Er wendete der jungen Dame zu. „Sind Sie Soldat?“

„Nein“ - entgegnete Zinnie - „bist Malchuk.“ „Dieser Krieg ist der Krieg der Maschinen“ - bemerkte der König lebenswändig.

„Ich bin Sozialist“ - erklärte Zinnie unvermittelt Wirklich?“

„Darauf können Sie Gift nehmen?“

„Ich sehe aber, daß Sie nicht zu jenen Sozialisten gehören, die sich gegen ihr eigenes Land auflehnen.“

(Fortsetzung folgt)

Jimmie Higgins.

Roman von Hpton Sinclair.

Aus dem Manuskript übertragen von Dermania zur Mühlen.

III.

Dies war nicht das letzte Wunder. Am folgenden Tag schon eine allgemeine Erregung den Saal erfasst zu haben, es wurde gepöbelt und gewaschen, obwohl ohnehin alles von der Sanberkeit bünkte. Jimmie fragte, was los sei, und die Pflegerin entgegnete mit neckendem Lächeln: Die erwarteten Besuch, doch wird dies einen klassenbewußten Praxenarier keineswegs interessieren.

Sie wollte auch nicht mehr verraten, als sie jedoch hinansging, sagte Jimmies Nachbar: „Der König und die Königin kommen.“

„Blödsinn!“ - rief Jimmie, überzeugt, daß er zum Narren gehalten werde.

„Sie kommen die Opfer des torpedierten Schiffes besuchen. Ich rate Ihnen, Ihr sozialistisches Geschwätz heute für sich zu behalten.“

Jimmie befragte die Pflegerin. „Ja“ erwiderte sie - „der König und die Königin werden heute die Opfer des U-Bootes besuchen. Doch dürfte Sie dies, wie gesagt, nicht interessieren. Wollen Sie nicht in ein Privatzimmer geladert werden, damit sich Ihnen revolutionären Augen tragen werden, damit sich Ihnen revolutionären Augen kein Vergnügen bietet? Oder wollen Sie Seiner Majestät eine Rede halten?“

„Er wird wohl keine Zeit für mich übrig haben.“ - meinte Jimmie.

„Seien Sie dessen nicht zu sicher; er hat ja nichts anderes zu tun, als zu reden.“

Jimmie verfluchte, er merkte, daß der weiße Engel ihn auslachte. Er war nicht gewöhnt, von Frauen aus- gelacht zu werden, und wußte nicht, wie er sich demgegenüber verhalten sollte. Er ahnte ja auch nicht, daß die Honourable Beatrix eine Suffragette war und aus Prinzip alle Männer auslachte. Jimmie lag münchensfüll und bestimpte die unaufrichtige Erregung, welche seine See erfüllte. Was es aber denn nicht selbst? Er, ein kleiner Arbeiter von

sein halbes Leben auf der Waage verbracht hatte, - wird mit dem König von England zukunventressen! Jimmie hatte eine einfache Art, mit Königen fertig zu werden, er nannte sie „Popanz“, und damit waren sie für ihn erledigt. „Ich will mit den Popanz nichts zu tun haben.“ - hatte er zum weißen Engel gesagt.

Jetzt oder kommt so ein Popanz ins Spital! Was sollte Jimmie anfangen? Wie zum Teufel redet man diese Leute an? Ruh man ihnen „Eure Majestät“ sagen? Jimmie wollte unter der Decke die Kränze. „Der Teufel hol mich, wenn ich das tu!“ Er bedachte seinen ganzen revolutionären Eifer heraus, die Welker seiner radikalen Zukunventressen-Freunde, des wilden Bill, des Erdbeer-Curran, des hochköpfigen Joe und Thud Petersens. Wie würden diese sich in einem solchen Fall benehmen? Wie würde der Kandidat sich verhalten? Jimmies revolutionäre Bildung war entschieden verwestlichst worden - keine sozialistische Ortsgruppe hatte ihn darüber bekehrt, wie sich ein Genosse zu verhalten habe, wenn ihn ein Popanz besuchen kommt.

Jimmie war von Natur aus ein wohlwollendes Geschöpf, war gerne bereit, dem Wohlwollen anderer freundlich entgegenzukommen. Gestattete ihm jedoch die revolutionäre Moral, gegen einen König höflich zu sein? War es nicht Jimmies Pflicht, seine Verachtung für einen Popanz zu zeigen? Vielleicht hatte noch nie jemand gewagt, sich „Seiner Majestät“ lähn entgegenzustellen. Nun, heute wird er das erleben!

IV.

Eine Pflegerin kam voller Aufregung in den Saal gestürzt, flüsterte: „Sie kommen!“ Dann standen alle Pflegerinnen umher, nervös die Hände drehend, und aller Blicke waren auf den Saal.

Endlich erschien ein Mann in Uniform, von Jimmie nie für einen König gehalten haben würde, hätte er nicht sein Bild in illustrierten Zeitungen gesehen. Ein etwas gealterter kleiner Herr, äußerst alltäglich aussehend, in kurzem, braunem, bereits leicht ergrautem Schnurrbart und den allen Engländern eigenen, rosigen Wangen. Der Spitalsdirektor geleitete ihn und hinter ihm betreten eine strengbäckernde schwarzgekleidete Dame, stilsche Doktorin und einige Offiziere den Saal.

